Satzung Kindertagespflege

Neufassung der
Satzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg
über die Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege
gemäß §§ 22 bis 24 a sowie 90 Sozialgesetzbuch VIII
(Satzung Kindertagespflege)

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 00.00.0000 die Satzung über die Förderung der Kinder-tagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen beschlossen (§ 7 Niedersächsische Landkreisordnung – NLO).

§ 1 Tagespflege

Die Förderung der Kindertagespflege ist eine Leistung der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung.

§ 2 Fördervoraussetzungen

- (1) Kindertagespflege fördert vorrangig Kinder unter 3 Jahren. Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren können ergänzend zu den institutionellen Betreuungsangeboten in Kindertagespflege gefördert werden. Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres sollen vorrangig in Tageseinrichtungen für Kinder oder in schulischen Betreuungsangeboten betreut werden. Eine Förderung der Kindertagespflege kann in den Fällen gewährt werden, in denen ein bedarfsgerechtes Angebot nicht zur Verfügung steht.
- (2) Kindertagespflege ist zu fördern, wenn
 - a) diese Leistung für die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist
oder
 - b) die Erziehungsberechtigten
 - eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder Arbeit suchend sind
 - oder sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in Schul- oder Hochschulausbildung befinden
 - oder Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Sozialgesetzbuches erhalten.
- (3) Tagespflegepersonen müssen die in § 23 Absatz 3 SGB VIII festgeschriebenen Eignungskriterien erfüllen. Sie bedürfen der Pflegeerlaubnis gemäß § 43 SGB VIII.

§ 3 Förderumfang und Vergütung der Tagespflegeperson

Die laufende Geldleistungen für die Vergütung der Tagespflegepersonen werden nach § 23 Abs. 2 SGB VIII wie folgt festgesetzt :

(1) Tagespflegegeld nach § 23 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 SGB VIII

1. Die Tagespflegeperson mit gültiger Tagespflegeerlaubnis erhält für die Betreuung jedes Kindes pro Stunde einen Stundensatz inklusive Essensgeld. Die Erstattung angemessener Kosten für den Sachaufwand sowie der angemessene Beitrag zur Anerkennung der Förderleistung nach Maßgabe des § 23 Absatz 2 Satz 1 und 2 SGB VIII sind in diesem Betrag enthalten.
2. Ein vermindertes Tagespflegegeld wird gezahlt:
 - a) für Personen, die von den Sorgeberechtigten benannt wurden und nur einmalig längstens für drei Monate ein Kind oder Geschwisterkinder betreuen möchten, und bei denen die persönliche Eignung sowie die Geeignetheit der Räume in Einzelprüfung für dieses Kind bzw. Kinder festgestellt wurde.

Eine Einzelprüfung erfolgt nur, wenn nachweislich keine qualifizierte Tagespflegeperson zur Verfügung steht

- b) für Personen, die ein oder mehrere Kinder erlaubnisfrei betreuen möchten,
- c) für Tagespflegepersonen und registrierte Kinderfrauen, die die Tagespflege in den Räumen der Sorgeberechtigten ausüben.

Die unter b) – c) genannten Personen haben ebenfalls die Qualifizierung zur Tagespflegeperson nachzuweisen.

3. Für eine Kennenlernphase zwischen Tagespflegeperson und dem Tagespflegekind vor Beginn der eigentlichen Tagespflege-Betreuung können die Kosten einmalig für bis zu 10 Stunden pauschal übernommen werden.
4. Die Geldleistung wird pauschal entsprechend des Betreuungsvertrages gemäß § 5 festgesetzt und ergibt sich aus der durchschnittlichen monatlichen Betreuungszeit.
5. Das Tagespflegegeld wird zum Monatsbeginn vom öffentlichen Jugendhilfeträger an die Tagespflegeperson ausgezahlt.
6. Die Tagespflegeperson dokumentiert die geleisteten Betreuungszeiten. Der öffentliche Träger der Jugendhilfe ist zur Überprüfung berechtigt.

(2) Zusatzleistungen für die Tagespflegeperson nach § 23 Abs. 2 Nrn. 3 und 4 SGB VIII

1. Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung
 - a. Nachgewiesene Aufwendungen für die Unfallversicherung für selbständige Tagespflegepersonen werden entsprechend dem gesetzlich vorgeschriebenen Beitrag für die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege erstattet.
 - b. Die Erstattung erfolgt jährlich im Nachhinein und unter der Voraussetzung, dass zumindest zeitweise ein nach dieser Satzung gefördertes Tagespflegeverhältnis bestanden hat.
2. Häufige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung sowie Kranken- und Pflegeversicherung
 - a. Nachgewiesene Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung sowie zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung werden zur Hälfte erstattet.
Als angemessen werden die Mindestbeiträge der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Mindestbeiträge der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung angesehen.
 - b. Beginnt oder endet das Tagespflegeverhältnis innerhalb eines laufenden Kalendermonats, werden die Erstattungsbeiträge zur Alterssicherung, Kranken- und Pflegeversicherung für den vollen Monat berechnet.
 - c. Eine kurzfristige Unterbrechung der Betreuungsleistung von bis zu drei Monaten ist unschädlich.
 - d. Die Erstattung der Beiträge für die Alterssicherung sowie für die Kranken- und Pflegeversicherung erfolgt monatlich und wird vom öffentlichen Jugendhilfeträger jeweils zum Monatsbeginn an die Tagespflegeperson ausgezahlt.
3. Eine Erstattung von Unfallversicherungsbeiträgen und Aufwendungen der Alterssicherung sowie Kranken- und Pflegeversicherung erfolgt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2. nicht.

§ 4

Umfang der Tagespflege

- (1) Die Ausgestaltung der Betreuung ist grundsätzlich zwischen der Tagespflegeperson und den Personensorgeberechtigten zu regeln (Betreuungsvertrag). Mindestanforderungen an den Betreuungsvertrag sowie Ausnahmen legt der Jugendhilfeausschuss in der „Richtlinie zur Kindertagespflege“ fest. Der Betreuungsvertrag ist dem Jugendhilfeträger vorzulegen.
- (2) Der Umfang der täglichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen Bedarf, sollte aber 40 Stunden wöchentlich zzgl. Fahrzeit nicht überschreiten. Darüber hinaus kann der zeitliche Umfang individuell geprüft werden. Wird ein Kind weniger als 20 Stunden monatlich in der Kindertagespflege betreut, ist über eine Förderung im Einzelfall zu entscheiden.

§ 5 Beitragspflicht

Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege nach §§ 22 bis 24 SGB VIII wird gemäß § 90 SGB VIII von den Sorgeberechtigten als Gesamtschuldner per Bescheid ein öffentlich-rechtlicher Kostenbeitrag in pauschalierter Form erhoben.

§ 6 Beitragsschuldner

Beitragsschuldner sind die Sorgeberechtigten des Kindes, für das Kindertagespflege geleistet wird. Sie haften als Gesamtschuldner.

Lebt das Kind nur mit einem Sorgeberechtigten zusammen, so ist dieser Beitragsschuldner.

§ 7 Beitragsfestsetzung

- (1) Die Höhe des monatlichen Kostenbeitrages ist vom Einkommen und der durchschnittlichen monatlichen Betreuungszeit abhängig.
Die Höhe des monatlichen Kostenbeitrages wird für das 1. Kind gestaffelt festgesetzt.
- (2) Für jedes weitere Kind, welches gleichzeitig in Tagespflege oder in einer Tageseinrichtung betreut wird, wird eine Geschwisterermäßigung gewährt :
 - a. für das 2. Kind in Höhe von 1/3 des Kostenbeitrages (gerundet auf volle Beträge),
 - b. für das 3. Kind in Höhe von 2/3 des Kostenbeitrages (gerundet auf volle Beträge),
 - c. für das 4. und jedes weitere Kind wird kein Kostenbeitrag erhoben.Die Staffel richtet sich nach der Altersreihenfolge der Kinder. Beitragsfreie Kinder werden bei der Ermittlung der Geschwisterermäßigung berücksichtigt.
- (3) Die Staffelung der Kostenbeiträge ist in der Anlage I - Beitragsstaffel Kindertagespflege – zu dieser Satzung aufgeführt.

§ 8 Einkommensermittlung

- (1) Die Sorgeberechtigten haben bei Beginn der Leistung und danach dem öffentlichen Jugendhilfeträger schriftlich ihr Einkommen zu erklären und nachzuweisen, welche Einkommensstufe der Anlage I - Beitragsstaffel - ihrem Kostenbeitrag zugrunde zu legen ist.
- (2) Ohne Angabe zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Kostenbeitrag zu leisten. Ist das Einkommen nicht nachzuweisen, kann es glaubhaft gemacht werden.
- (3) Die Einkommensermittlung ist in der Anlage II – Einkommensermittlung - zu dieser Satzung aufgeführt.
- (4) Die Sorgeberechtigten sind verpflichtet, wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen unverzüglich mitzuteilen.
- (5) Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist berechtigt, die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse jährlich zu überprüfen.

§ 9 Erlass des Beitrages

Ist der nach den §§ 7 und 8 dieser Satzung festgesetzte Kostenbeitrag den Beitragsschuldnern nicht zumutbar, kann er auf Antrag nach § 90 Absatz 3 SGB VIII ganz oder teilweise vom Landkreis Lüchow-Dannenberg erlassen werden.

§ 10
Zahlungsverzug

Die Förderung des Tagespflegeplatzes kann außerordentlich zum Ende des laufenden Monats durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg eingestellt werden, wenn die Sorgeberechtigten mit der Zahlung eines Beitrages länger als zwei Monate in Verzug sind.

§ 11
Ausführungsbestimmungen / Richtlinie des Jugendhilfeausschusses

- (1) Der Jugendhilfeausschuss legt in der „Richtlinie zur Kindertagespflege“ nähere Ausführungsbestimmungen zur Anwendung dieser Satzung fest.
- (2) Des Weiteren legt der Jugendhilfeausschuss die Art und die Höhe der Stundensätze des Tagespflegegeldes in der „Richtlinie zur Kindertagespflege“ fest.
- (3) Die Richtlinie des Jugendhilfeausschusses ist in den amtlichen Bekanntmachungen des Landkreises Lüchow-Dannenberg zu veröffentlichen.

§ 12
Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung tritt zum 01.08.2011 in Kraft.

Lüchow, den

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Der Landrat